ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☼ Mein politischer Privatbrief No. 18 – 1. 11. 2011

spd-kanzlerkandidaturspiele + solarmillionär frank asbeck sackt ab + nasa negiert meeresanstieg +oettinger: hochrasende strompreise + gauweiler blieb stark + elektro-prof wirft bahnchef grube kundentäuschung vor + palikot in polen stark umstritten + gewerkschaftler warnt vor industrie-abwanderung + von europa überzeugter csu-mann georg fahrenschon geht ab +

Gespräch mit Michael Gahler MdEP: „Wird Tunesien demokratisch?“

Der hessische CDU-Abgeordnete war als Wahlbeobachter des Europaparlaments vor Ort

ContraSalon: „Besteht begründete Sorge durch den Wahlsieg von Islamisten in Tunesien, und öffnet sich bald eine solide Koalition der Sieger mit liberal-sozial eingestellten Politikern?

.Michael Gahler MdEP in Tunis

Michael Gahler Durch den Wahlsieg von *Ennahda* mit 90 von 217 Sitzen in der Verfassunggebenden Versammlung besteht aus meiner Sicht kein unmittelbarer Grund zur Sorge im Hinblick auf eine Islamisierung des Landes, weil sich diese Partei in ihrer Programmatik deutlich von islamistisch-fundamentalistischen Parteien unterscheidet. Sowohl in den schriftlichen Dokumenten als auch bis zu ihrer letzten Wahlkampfveranstaltung, an der ich teilnahm und im offiziellen Statement nach der Wahl hat sich die Partei und ihr Vorsitzender **Rached Ghannouchi** für Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Rechte religiöser Minderheiten und den Erhalt der **bestehenden** Rechte der Frauen eingesetzt.

Die Sieger-Partei vergleicht sich gern mit der türkischen AKP. Gleichwohl sollte man auch sie nur an ihren Taten messen, d.h. wie sie sich in der Verfassunggebenden Versammlung inhaltlich einlässt, wie eine Koalitionsregierung unter ihrer Führung agiert, und wie sie die unterschiedlichen Strömungen innerhalb ihrer Partei zusammenhält. Es gibt dort sowohl die Frauen ohne Kopftuch, doch auch die „Bärtigen“ im breiten Spektrum. Man weist darauf hin, dass die Sieger ein großes ‚Erziehungsministerium‘ errichten wollen, für die ‚neuen Generationen des arabisch-moslemischen Tunesien‘. Da zeichnet sich also ein Konflikt mit dem Teil der Gesellschaft ab, der eher „mediterran“ orientiert ist.

Unsererseits sollte man einerseits den Dialog suchen, um abzuklopfen, wie weit sich eine moslemische Partei im übertragenen Sinne „christdemokratisieren“ ließe, vor allem für pragmatische Regierungspolitik. Andererseits sollten wir dem zersplitterten säkularen Lager bis zur nächsten Wahl im nächsten Jahr Wege zur Konsolidierung zeigen.

ContraSalon: Liefen die Wahlen (Beteiligung, Stimmung) so ab, dass man auf ähnliche Entwicklungen in anderen Staaten Nordafrikas hoffen kann, vor allem bezüglich Ägypten und Algerien?

Michael Gahler: Ich hoffe, dass der breite politische tunesische Konsens darüber, die Wahl stattfinden zu lassen und dies mit einer tatsächlich unabhängigen und unparteiischen Wahlkommission zu tun, Gewalt in der politischen Auseinandersetzung anzulehnen und die Transparenz des Wahlaktes zu gewährleisten, auch in anderen arabischen Staaten Nachahmer findet. Die Voraussetzungen dazu sind unterschiedlich. Ägypten z.B. hat keine EU-Wahlbeobachter eingeladen und in den Reformmonarchien Marokko und Jordanien wird die Öffnung bisher „von oben“ administriert.- Libyen steht erst am Anfang eines Prozesses für Wahlen in 2012. In Syrien ist ein Ende des Krieges von Assad gegen das eigene Volk noch nicht abzusehen. Auch in „stabil-repressiven“ Staaten wie Saudi-Arabien ist derzeit nichts absehbar.

Kanzler Peer Steinbrück, Große Koalition?

Einige meiner Eindrücke stehen unter „Medien“auf der vorletzten Seite, denn bisher ist „Helmut/Peer“ vor allem eine Medieninszenierung. Doch wenn S-FAZ und Genossen jetzt unisono über den Lärm maulen, können die beiden erfahrenen Muster-Hanseaten als Zwischenbilanz nur sagen: „Hat geklappt.“ Denn das Zerren und Richten wird weiter gehen.

==========

ContraSalon: Was kann der Westen, besser noch die EU gemeinsam, dafür tun, dass in Nordafrika Arbeitsplätze entstehen und damit auch noch die Fluchtbewegung nach Italien abnimmt?
Michael Gahler: Wir können als EU je nach Stand der Transformation in einzelnen Ländern mit unserem „Instrument für Demokratie und Menschenrechte“ Bürgerrechtsbewegungen unterstützen. Wo aber die Demokratisierung schon im Gang ist, kann man administrative Hilfe leisten bei Wahlvorbereitungen, bei der Verwaltungsreform, bei der „Zivilisierung“ des Sicherheitsapparates (Armee, Polizei, Geheimdienst) und in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Märkte öffnen, nicht nur im Bereich Landwirtschaft und Textilien.

In Ländern wie Tunesien ist eine gut ausgebildete junge Generation selbst in der Lage, einen industriellen Mehrwert zu schaffen. Dazu braucht sie Kooperationspartner. Bei den anstehenden Bildungsreformen sollten wir darauf drängen, die Lehrpläne den tatsächlichen Erfordernissen des 21. Jahrhundert anzupassen. Der *UNDP-Human Development Report* zur arabischen Welt von 2001 und seine Folgedokumente zeigen brutal offen den Rückstand der arabischen Welt im Bildungssektor. Wenn die Wende in Gang kommt - plus Kampf gegen Korruption und *„bad governance“* - dürfen die Menschen hoffen, ihr Leben optimistischer gestalten zu können.

WERKSTATT EUROPA

Nach Lähmungen Schlag auf Schlag: Ein Hagel neuer Energiewende-Kritik

EU-Kommissar Günther Oettinger laviert weniger und geißelt die steigenden Stromkosten

@ Der immer wieder geschonte, ja hochgelobte Bonner Solar-Millionär **Frank Asbeck** wurde am 23. Oktober in der FAZ ganzseitig beschuldigt, an Berliner Energiewende-Gesetzen mitgestrickt zu haben, **durch er reich wurde.** Seine Mitgliedschaft bei den Grünen schoss ihn hoch. Seine Firma **„Solarwelt“** bläht sich in täglicher TV -Werbung als Aufsteiger, obschon Asbecks Umsatz durch China - Konkurrenz fällt und immer mehr Leute seiner Firma den Arbeitsplatz verlieren.

Millionär Frank Asbeck

@ Die Kurverwaltungen von Norderney, Juist, Sylt, Föhr und die Behörden von (u.a.) Husum, Cuxhaven und Stavanger (Norwegen) sind mit britischen Experten einer Meinung und verlautbaren, dass es „seit zehn Jahren keinen Zentimeter Meeresanstieg“ gab. Die NASA veröffentlichte noch, dass es „seit über zehn Jahren mit Ausnahme der Arktis keinen Anstieg der Meerestemperatur gab und das Eis am Südpol sogar zunahm.

@ Das Londoner Institut für Europäische Umweltpolitik (IEEP) wertete die Umweltpläne von 23 EU-Staaten und kritisierte heftig das Beimischen von Biosprit zum PKW-Benzin. Bis 2020 will Deutschland 5,5 Mio. Tonnen beimischen und andere EU-Staaten überholen. Der gesamte Vorgang sei **klimaschädlich**, zum Beispiel auch wegen der Vernichtung von 69.000 Quadratkilometern Wald durch die Bio-Industrie.

@ Ende Oktober kam der Höhepunkt: Kommissar **Günther Oettinger sagte**, die wegen der Abkehr von der Kernkraft hochrasenden Strompreise würden den sozialen Frieden gefährden. Die FAZ kommentierte: **„Klimaschutz verdoppelt Kosten für Haushalte.‘** Im Umweltministerium des gegrünten Ministers **Norbert Röttgen** wurden Referenten blass, weil nach dem Ausstieg der USA, Englands, Chinas, Polens, Indiens und Russlands aus dem Kyoto-Prozess weitere Staaten folgen wollen, so dass es möglich ist, dass nur 15% der relevanten UN-Mitglieder für eine Energie-Wende à la Deutschland übrig bleiben könnten.

Günther Oettinger und Herbert Reul

. Energie-Kommissar Günther Oettinger

@ Oettinger sagte vor der Wirtschaft in Baden-Baden, die Wende-Planung zu Gunsten von Riesen-Windparks erforderten tausende von Kilometern teurer Superstarkstrom-Trassen, von denen noch fast nichts installiert sei. Er verlangte auch eine **Planungsbeschleunigung,** von der freilich seine Berater sagen, sie können gerade in Deutschland durch juristische Manöver endlos blockiert werden.

@ Während die Kritiker des Kernkraftausstiegs Tag um Tag stärker auftreten, sogar überraschend

die Presse füllen und sogar ein wenig die Fernseh- und Radiowelt, ergreift die Kritik auch noch weitere Energie-Felder **außerhalb der Kernkraftszene.** Plötzlich sind z.B. Gutachten wieder „in“, mit denen **schon vor zehn Jahren vorgetragen wurde, dass CO_2-Abscheidungen durch Verpressung ins Erdreich bei Kohlekraftwerken sowohl gefährlich als auch technisch superproblematisch und dazu noch superteuer ist.** Außer den Deutschen glaubt in der EU fast niemand mehr an die anfangs einmal bejubelten CO_2-Projekte.

Wie Europa zum Hauptthema des Leipziger CDU-Bundesparteitags wurde

Zwei Europaabgeordnete, NRW-CDU und CDU Rheinland-Pfalz ergriffen Initiativen in Berlin

₪ Nicht in Berlin begann konzeptionelles Umdenken vor dem im November in Leipzig geplanten CDU - Bundesparteitag, sondern im Sommer in Brüssel/Straßburg. Führende Europaabgeordnete wie der CDU/CSU-Gruppenvorsitzende **Dr. Werner Langen MdEP** und Außenpolitik-Koordinator **Elmar Brok MdEP** wehrten sich gegen den fortschreitenden Berliner Kräfteverfall in Sachen europäischer Integration und stießen in ihren Landesverbänden NRW und Rheinland-Pfalz eine Diskussion an, aus der die Absicht entstand, den CDU-Bundesparteitag **insgesamt per Antrag in eine größere Europa-Debatte zu zwingen.** Parteichefin **Angela Merkel**, so Brok, „nahm den Faden auf und wollte nunmehr selbst den Bundesparteitag ganz auf Europa konzentrieren“. Ich bin nicht allein der Meinung, dass bei dieser Neuplanung die CDU-Landesvorsitzenden **Norbert Röttgen** (NRW) und **Julia Klöckner** (RhPf) eher aus der Partei „mitgenommen“ wurden als selbst voranzugehen. Immerhin, inzwischen betonen alle **beide** kräftig, dass ihre Verbände seit Konrad Adenauer europapolitisch stets die Vorhut stellten und dass man dies bald deutlicher als seit 1990 wieder herausstellen wolle.

₪ Bei einer Konferenz ihrer Europabeauftragten in Neuss hat sich die NRW-CDU mit den spürbaren europapolitischen Aufweichungstendenzen in beiden Unionsparteien befasst, dazu mit der Vorbereitung der Europa-Aussage, die in Leipzig beschlossen werden soll. Dabei sagte z.B. Elmar Brok, es sei eindeutig zu Papier gebracht worden, dass die CDU auch in der EU-Zukunft an der **„Gemeinschaftsmethode“** festhalte und es ablehnt und kritisiert, dass fast nur noch vom Handeln der 27 EU-Regierungen und der Ministerräte die Rede sein könne. Das Europäische Parlament, durch den Vertrag von Lissabon erheblich gestärkt, werde in den gegenwärtigen Krisen immer wieder von Regierungen beiseite gedrückt. Man sollte hier zufügen, dass dieser Missstand von den Medien kaum kritisiert wird. Sie übergehen **das einzige demokratisch gewählte EU - Organ** oft und dumm wie die meisten der 27 Regierungen.

₪ In Neuss wurde auch berichtet, dass bis auf einen alle CSU-Mitglieder der CDU/CSU-Gruppe des Europäischen Parlaments auf dem CSU-Parteitag *gegen den Dauer-Quertreiber **Peter Gauweiler** auftraten,* Seite an Seite mit **Theo Weigel,** der mit **Helmut Kohl** dem Euro zum Durchbruch verhalf und seiner CSU mit dem Rücktritt drohte, als Leute wie Gauweiler in München auf der Bremse standen. Und was jetzt? Eine Reihe erfahrener CDU/CSU-Europaabgeordneter rechnet fest damit, „dass die Europa-Probleme der CDU/CSU „durch München“ weitergehen werden“. Jüngere CDU-Leute wissen inzwischen nicht mehr, dass es die Querelen immer gab. So musste 1976 die Gründung der „Europäischen Volkspartei“ der Christdemokraten gegen die CSU durchgesetzt werden.

Kämpft weiter: Peter Gauweiler

₪ Gerade Gauweiler macht weiter, ist überhaupt nicht isoliert. Zwar wurde seine Wahl in die CSU- Spitze abgewehrt, doch Horst Seehofer selbst glaubt, dass „im Prinzip“ über zwei Drittel der Parteitagsdelegierten Gauweilers Euro-Meinung hatten. Der Dissident erhält heute mehr Rede-Einladungen in die CSU-Provinz als vor dem Parteitag. Dass er die Gründung einer konservativen Partei neben der Union gern sähe, ist jedoch gottlob eine dumme **Verleumdung.** Er hält sich fern von rechten Initiativen, wie sie die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ immer öfter fordert.

Prof. Dr.-Ing. Helmut Alt
52078 Aachen
Eichelhäherweg 6

Helmut Alt ist der Nestor der deutschen Elektrotechnik-Hochschullehrer und aktiver Gegner des Kernkraftausstiegs

Neue Anzeige der BAHN

An den Vorsitzenden des
Vorstandes DEUTSCHE BAHN
Herrn Dr. Grube
Stephensonstr. 1
60326 Frankfurt am Main

Sehr geehrter Herr Dr. Grube, ich habe die Notwendigkeit einer Preiserhöhung durch *Wegfall der kostengünstigen bahneigenen Kernkraftwerkstrom-Anteile* zur Kenntnis genommen. Kein Verständnis kann ich allerdings als bisheriger Dauer-Bahnfahrkunde dafür aufbringen, dass Sie sich so wenig bzw. überhaupt nicht zur Verteidigung der kostengünstigsten und in unserem Land sehr sicheren Stromerzeugungsart „Kernenergiestrom“ eingesetzt haben.

Entsetzt war ich, als Sie mit Stolz verkündeten, nun einen langfristigen Strombezugsvertrag mit dem RWE über Wasserkraftwerk-Strom *exklusiv* für den Bahnbetrieb abgeschlossen zu haben und auf dessen Basis sogar **wahrheitswidrig irgendwelche CO_2 - Ersparnisse fiktiv errechnen und die nicht sachkundigen Bahnkunden so vorsätzlich in die Irre führen.** RWE hat freilich klug gehandelt und einen Teil seiner Wasserkraft-Stromerzeugung wertsteigernd an den Kunden „Deutsche Bahn“ gebracht.

Tatsache ist, dass das RWE noch nie auch nur einen einzigen verfügbaren Kubikmeter Wasser in einem der zahlreichen Wasserkraftwerke der RWE AG an der Turbine *vorbei* hat laufen lassen und diesen **nicht** zur Stromerzeugung genutzt hätte. Nun gehört nur noch Ihnen dieser größere Anteil guten Wasserkraftwerk-Stroms, und alle anderen RWE Kunden erhalten entsprechend **mehr Kohle oder Kernenergiestrom !!).** Zum Dank dürfen diese dann, sofern sie nicht mit dem Auto, sondern mit der Bahn fahren, demnächst etwas höhere Preise für ihr Bahnticket bezahlen.

Welch einen Schwindel haben nun auch Sie sich, Herr Dr. Grube, zu Eigen gemacht? Ich kann Ihnen versichern, dass ich bereits meine morgige Fahrt von Aachen zum KIT in Karlsruhe - eine Konferenz über Energiefragen - wieder mit dem Auto - anstatt wie bisher üblich mit der Bahn - tätigen werde. Bei weiter steigenden Bahnpreisen werden mir viele folgen.

Leider ohne Hoffnung, dass unsere derzeitigen Wirtschaftsführer und Politiker dieser Generation aus dem singulären deutschen Zeitgeist, bei dem einerseits Energie zum Luxusgut erklärt und andererseits die friedliche Nutzung der Kernenergie verteufelt wurde, wieder zur wahrheitsbasierten aufklärenden Verantwortlichkeit zurück finden, verbleibe ich,
mit freundlichem Gruß, *H.A.*

PS. Das Zurückfinden aus diesem Irrweg wird unseren Kindern auferlegt. Wahrscheinlich hat Herr Prof. Dr. C.C. von Weizsäcker die Situation treffend erkannt, als er mir kürzlich zu unserer derzeitigen Energiepolitik u.a. folgendes schrieb: „….Deutschland wird de-industrialisiert und die Chinesen lachen sich ins Fäustchen. Bei einem hinreichend weit gegangenen Verarmungsstand kommt dann vielleicht eine Wende in der Meinung“.

Leserbrief zur Bewertung der Polen-Wahl in ContraSalon

von Dr. Aleksander Kisil, Unternehmensberater, Warschau, (kl.Kürzung)

► Ich muss heftig protestieren – zur einseitigen und nicht objektiven Beschreibung von **Janusz Palikot**. (Gründer einer neuen Partei, die bei der Sejm-Wahl rund zehn Prozent Stimmen aus dem Stand bekam, *JW)*. Was ***ContraSalon*** über Palikot schreibt, ist Boulevardpresse- oder Klatschpresse-Niveau.

► Ich konnte bei einem Essen Janusz Palikot vor zwei Jahren kennnenlernen; er weiss, was er sagt, er weiss was er will, er hört den Leuten zu. Er ist ein sehr intelligenter und seriöser Politiker, der den Mut hat, bestimmte Lächerlichkeiten öffentlich zu machen.

► Bei den Wahlen haben für ihn etwa 1,5 Millionen Polen gestimmt, darunter viele Intellektuelle, Studenten und Unternehmer. Palikot kämpft für einen freundlicheren Staat, weniger Bürokratie,

Unterstützung der Unternehmer und gegen direkte politische Einmischungen der katholischen Kirche. Palikot wurde für viele zum Symbol einer Erneuerung des polnischen Staates!
► Ich weiss natürlich nicht, wie er weiter agieren wird, aber ich wünsche ihm viel Ausdauer und Erfolg in Sachen Entbürokratisierung, z.B. Beseitigung vieler Hürden für Geschäftsleute. Ich werde ihn sehr genau beobachten.
► **Donald Tusk** (Premier, PO-Vorsitzender) hatte vier Jahre und hat in den Augen vieler nur geredet und nichts reformiert. Die Hälfte der Palikot-Wähler kamen von den früheren PO-Anhängern.

M E D I E N

♣ Ekelhaft: Die feine Sonntags-FAZ erschien mit einem karrikierten Trio aus **Helmut Schmidt, Peer Steinbrück** und **Günter Jauch,** wobei die Drei mit abgerissenen Armen agierten. Das Blatt ist wütend über alle und alles. So gehe es nicht und überhaupt: Staunen über die auch wütende, aber schweigende SPD-Linke, Zitatengirlanden aus der vordergründig wütenden SPD-Provinz. Nur eines steht fest: Gleich nach dem höchsten EU-Gipfel hat die Wählerschaft ein neues und ungewohntes Riesenthema.
♣ Ob „es“ Steinbrück wirklich könnte? Wächst aus dem Volk wie aus einem vorher nicht erkannten Orchestergraben der Wunsch nach „großer“ Koalition? Wohin mit Angela M, - etwa nach Brüssel? Trittin als ganz großer Führer der Opposition? FDP und Linke marginalisiert? - Jedenfalls sind die, welche die Strippen zogen (und weiter ziehen werden) fein raus und haben Anhang.
♣ Ich hielt kürzlich einen Vortrag in Hamburg, hatte öfter die EU-Krise als Thema in CDU-Gremien, sprach mit Bonnern. Vom Reeder in Hamburg über einen niederrheinischen Prälaten bis zu zwei Bonner Ärzten waren alle für eine Koalition CDU/CSU/SPD, einer sogar für CDU/SPD ohne CSU. Ähnliche Stimmungen gibt es in anderen EU-Staaten. Politisch denkende Bürger halten es in den jetzigen Krisenzeiten für Unsinn, in der politischen Mitte Volkspartei contra Volkspartei zu streiten und dabei Neonazis, Piraten und auch immer wieder radikalen Grünen Wähler zuzutreiben.
♣ Die heutige EU-Krise ist erst der Anfang eines großen Umbaus Europas. Wer dabei führen will, muss Stärke in seinem schwindenden Nationalstaat beweisen. Wenn genau dies, hoffentlich, Frankreich und Deutschland 2012 schaffen, kann es klappen. Mit Merkel **UND** Steinbrück. ***JW***

……

„Das deutsche Fukushima-Desaster“

Wissenschaft-Verleger und Autor Klaus Ermecke („KE Research“)
44 Seiten starke Dokumentation
Die Arbeit hat unter Energie-Fachleuten große Aufmerksamkeit ausgelöst. Denn Ermecke und sein junges Wissenschaftler-Team hat sowohl alle relevanten Details des Falls Fukushima verständlich geschildert als auch mit 153 Anmerkungen vertiefte Studien erleichtert. In den nächsten Wochen werden Sie kleine Auszüge mit Fakten lesen, von denen feststeht, dass sie in den Medien noch immer verschwiegen werden.
Das für mich und viele Kollegen, die Negativa und Fälschungen bei der „Energie-Wende“ gegen mächtige Verschweiger schildern, sind besonders wertvoll: zwei Blätter voll Quellen im Internet, Universitäten des Auslands usw. Dazu Namen von Mitarbeitern und 13 Interview-Partnern, darunter Kapazitäten wie Prof. Dr. E. Lengfelder, Vorstand der Gesellschaft für Strahlenschutz. Solcher Namen von Professoren vermitteln den Eindruck, dass die Zeit endet, in der Experten diffamiert wurden oder ihnen Forschungsmittel „entgingen“.

Adressen:

KE Research	info@ke-research.de	Tel. 089 6134 276
Sommerfeld 37	www.ke-research.de	FAX: 0089 62 52 130
82041 Oberhaching		

Nr. 97(18.10.2011) der „Polen-Analysen“

Sie enthalten eine gründliche Dokumentation der Wahlen vom 9. Oktober mit farbigen Grafi-ken. Die Bewertungen der Parteien und der erreichten Sitzzahlen ist korrekt. Die neue Spontan-Partei „Palikot-Bewegung“ kann noch nicht umfassend bewertet werden. Hier sind zu viele Polit-Knicke in der Analyse.

Namen sind Nachrichten

» **Georg Fahrenschon**, aus der Regierung Seehofer in Richtung Sparkassenwelt ausscheidender Finanzminister, hat auch in der CDU leichte Schockwellen ausgelöst, vor allem bei Europa-Politikern. Fahrenschon ist bekannt als Kritiker der Europaphobie in höchsten CSU-Kreisen. Dennoch will der Ausscheider seinen Abgang nicht mit z.B. **Roland Koch** vergleichen. „Je nach Entwicklung“ hält er eine Rückkehr in die Politik für möglich: „Ohne die **Gauweilers**.“

» **Jaroslaw Kaczynski**, Chef der polnischen Konservativen, die bei den Wahlen No.2 wurden, wird zunehmend unter Beschuss genommen. Einige Politiker wollen zurück zu der Zentrum-Partei, die Kaczynski, gestützt auf EVP-Christdemokraten und Liberale vor 20 Jahren führte. Rechte Freunde des euro-allergischen Vorsitzenden fürchten dagegen den Verlust von Stammwählern. Kommentatoren spotten: „Unsere Rechten wollen in die Mitte, aber da sitzt schon breit die PO.“

» **Michael Vassiliadis,** Chef der Gewerkschaft **IGBCE**, warnt vor der Abwanderung energieintensiver Industrie aus Deutschland. Der Sozialdemokrat war nach Fukushima von seiner neutralen Linie abgewichen und beugte sich den Ausstieg-Politikern. Dies trug ihm zunehmend Kritik ein

---

Politik und ihre Zahlen

Wieviel Prozent der polnischen Eltern sprechen mit ihren Kindern..... 30
über den ersten Geschlechtsverkehr ?
Wieviel Prozent der polnischen Eltern sprachen mit ihren Kindern nie über SEX?.....44,5
Und wie viele nie über AIDs?.....70

Wieviele Unfall**tote** gab es 2010 in Deutschland (im Sektor Energie + Elektro) ?..... 34
Und wie viele Unfalltote in deutschen Kernkraftwerken seit deren Bestehen?.....0

Wie viele deutsche Anhänger oder Mitglieder deutscher konservativer
Initiativen (z.B. „Zivile Koalition“, „Deutsche Konservative“, protestierten
an den Bundestag schriftlich gegen den Euro-Rettungsschirm?.....200.000

Um wieviel Prozent wuchs weltweit seit 1990 das CO_2 ?.....45
Wenn ab 2015 nur noch EU-Staaten bei der CO_2-Begrenzung mitmachten,
wieviel Prozent der weltweiten Missionen entfallen auf sie?.....15

BOUVIERBUCHVERSAND
BOUVIERVERLAG
Bouvier Verlag, Büro Bonn, Fürstenstr. 3, D-53111 Bonn
Tel. +49 228 3918211, Fax +49 228 3918221

Franz Pfeffer
Jahre des Schreckens, Tage des Glücks
292 S., Hardcover ca. € 36,00; ISBN 978-3-416-03341-1

Vom Todeskampf der Weimarer Republik bis zum Dezember 1946, dem Ende seiner Gefangenschaft, spannt der Autor den erzählerischen Bogen. Der Sechsjährige erlebt einen blutigen Straßenkampf in Münster, der Zehnjährige den umjubelten Einmarsch der Wehrmacht in das entmilitarisierte Rheinland und der Zwölfjährige den fahlen Tag nach der „Reichskristallnacht“ in Düsseldorf. Die düstere Stimmung bei Ausbruch des Krieges und das Hochgefühl der Deutschen nach der Niederwerfung Polens und Frankreichs haften im Gedächtnis. Verständige Eltern, mutige Lehrer und die Kirche stehen gegen den Zeitgeist. Der Junge entzieht sich möglichst oft dem Dienst in der Hitlerjugend. Lieber vertieft er sich in die Bibliothek seiner Koblenzer Großmutter, der weisen „Frau Geheimrat“, die deutsche Geschichte und Familienhistorie zu verknüpfen weiß.

Meine Buch-Empfehlung: Dr. Franz Pfeffer hat große Verdienste als Botschafter in Polen und Frankreich !

.....

Jürgen Wahl, Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG
Tel. 0228 – 324381 // e -mail: post@jwahl.de

Deine / Ihre Spende deckt Kosten -
bitte auf mein Konto 101403017 bei der Volksbank Wachtberg, Bankleitzahl 37069805